

13.11.2019

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD „Nie wieder! 9. November in der Erinnerung wachhalten – Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“ (Drs. 17/7757)

Der 9. November in der deutschen Geschichte – ein Tag des Innehaltens, Mahnens und Nachdenkens über das, was wir waren, was wir sind und was wir sein wollen!

I. Ausgangslage

Im historischen Gedächtnis vieler Nationen gibt es besonders herausgehobene Daten. Oft sind diese zugleich Nationalfeiertage: In Frankreich ist es der 14. Juli, der Jahrestag des Sturms auf die Bastille. In den Vereinigten Staaten wird am 4. Juli die Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung begangen. In Russland wird der Tag des Sieges über Nazi-Deutschland, der 9. Mai, besonders gefeiert.

Weil wie wohl an keinem anderen Tag in der deutschen Geschichte Freud und Leid so nah beieinander sind, ist der 9. November jedes Jahr ein notwendiger Anlass zum Innehalten und Nachdenken: über die Vergangenheit, wie sie die Gegenwart prägt und was wir aus ihr für die Zukunft lernen müssen.

Der 9. November steht im Spannungsfeld der Überwindung von Monarchie, Diktatur und Extremismus und zeigt den langen Weg zu unserer heutigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf. Er waren Schritte zu mehr Freiheit, Demokratie und Miteinander. Auf diesem Weg gab es Irrwege, Kriege, schreckliche Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen.

Der 9. November steht damit für uns Deutsche für Momente des Glücks, sicherlich an erster Stelle der Mauerfall 1989. Er steht aber auch für das schlimmste Kapitel der deutschen Geschichte, die nationalsozialistische Diktatur, die ihr wahres Gesicht bei der Reichspogromnacht 1938 offen zeigte und damit den Weg in die Shoa beschritt.

Datum des Originals: 12.11.2019/Ausgegeben: 13.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Woran wir uns am 9. November erinnern

Der 9. November 1848 steht für das Scheitern der sogenannten Märzrevolution in den Staaten des damaligen Deutschen Bundes. An diesem Tag wurde der Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung, Robert Blum in Wien standrechtlich erschossen. Zentral für die damaligen Revolutionäre war u. a. die Forderung nach einer Verfassung mit bürgerlichen Freiheitsrechten gegen die Monarchie.

Im Herbst 1918 wurde der Ruf nach Frieden und der Abdankung des Kaisers in der Schlussphase des Ersten Weltkrieges immer lauter. Als die Revolution am 9. November Berlin erreichte, erklärte Reichskanzler Prinz Maximilian von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und in unmittelbarer Folge erfolgte die Ausrufung der Republik durch den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Philipp Scheidemann. Die Folgen des Ersten Weltkrieges – Versailler Vertrag, Kriegsschuldfrage, Kriegsschäden, Reparationsforderungen Massenarbeitslosigkeit etc. – stellten die erste deutsche Republik vor am Ende für sie unlösbare Herausforderungen.

Der fehlende Rückhalt in der Bevölkerung, gerade bei wichtigen gesellschaftlichen und politischen Akteuren, stellte die Weimarer Demokratie vor eine Zerreißprobe, die sie letztlich gegen den Nationalsozialismus verlor. Bereits am 9. November 1923 versuchten Nationalsozialisten um Adolf Hitler und Erich Ludendorff in einem gewaltsamen Putsch die Macht in einer „nationalen Diktatur“ an sich zu reißen. Die bayerische Polizei stoppte den an Mussolinis Marsch auf Rom angelehnten Putschversuch.

Spätestens mit den von zentraler Stelle befohlenen koordinierten Angriffen auf Synagogen, Wohnungen und Geschäfte jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger am 9. November 1938 wurde offenkundig, dass Antisemitismus und Rassismus bis hin zum Mord offizielle Staatsdoktrin geworden waren. Allein für das Gebiet des heutigen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen kann nach neuesten Erkenntnissen von mindestens 131 Todesopfern am oder in unmittelbarer Folge der Reichspogromnacht ausgegangen werden. In den Folgejahren setzte die NS-Diktatur die sogenannte „Endlösung“ – die Ermordung aller Jüdinnen und Juden im deutschen Machtbereich – um.

Nur ein Jahr später, am Vorabend des 9. November 1939, als die NSDAP wenige Wochen nach dem deutschen Angriff auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, im Münchener Bürgerbräukeller zur alljährlichen „Feier“ des Putschversuches von 1923 zusammenkam, versuchte der Schreiner Georg Elser Adolf Hitler mittels eines Sprengsatzes zu töten. Der Anschlag ging fehl, der Attentäter wurde verhaftet und schließlich am 9. April 1945, nur einen Monat vor der deutschen Kapitulation, auf persönliche Anordnung Hitlers im Konzentrationslager Dachau ermordet.

Der 9. November 1989 leitete das Ende der zweiten Diktatur auf deutschem Boden, der Deutschen Demokratischen Republik, ein. Nach monatelangen Protesten und Demonstrationen sowie massenhaften Ausreisen verfügte der Ministerrat an diesem Tag, dass die ständige Ausreise aus der DDR über alle Grenzübergänge zur Bundesrepublik Deutschland allen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern möglich sein solle. Unmittelbar versammelten sich Tausende entlang der Berliner Mauer. Gegen 23.30 Uhr konnte der erste Grenzübergang dem Andrang der Menschen nicht mehr standhalten: Er wird geöffnet. Bis Mitternacht folgen alle weiteren Berliner Grenzübergänge. Der Weg zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten war frei.

III. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Gedenk- und Feierstunden am 9. November sind die Stunde der Demokratinnen und Demokraten, von Verfechterinnen und Verfechtern von Menschen-, Freiheits- und Bürgerrechten.
- Der 9. November mahnt uns in Erinnerung der Ereignisse von 1848, 1918, 1923, 1938, 1939 und 1989 den Wert unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung immer neu zu schätzen und diese Errungenschaften zu verteidigen.
- Unsere Geschichte fordert jeden einzelnen von uns auf, Hass und Verleumdung, Radikalismus und Extremismus, Chauvinismus und Nationalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Dafür darf in Deutschland und Nordrhein-Westfalen kein Platz sein. Nicht auf den Straßen, nicht in unseren Häusern und nicht in unseren Parlamenten. Nicht in unseren Köpfen und nicht in unseren Herzen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Dr. Marcus Optendrenk
Daniel Hagemeyer
Dr. Günther Bergmann

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Angela Freimuth

und Fraktion